

## Statement

## JAHRESPRESSEKONFERENZ 2022

Jürgen Kerner, Hauptkassierer

Frankfurt, 27. Januar 2022

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Jörg Hofmann und Christiane Benner haben vorgestellt, was wir bewegen wollen. Was aber bewegt unsere Gewerkschaftsarbeit? Das sind zigtausend Ehrenamtliche. Unsere Vertrauensleute und Betriebsräte setzen sich tagtäglich für die Belegschaften ein. Dabei unterstützen wir mit Rat und Tat. Schon vor der Pandemie haben wir die Weichen gestellt und Verwaltungsarbeiten digitalisiert. Das bringt Zeit für Betreuung von Betrieben und Mitgliedern.

Homeoffice und fast nur digitale Zusammenkünfte bleiben eine Herausforderung. Das spüren wir, wir gewinnen in der Pandemie weniger neue Mitglieder. Der digitale Zugang zu den Beschäftigten wird für uns ein zentrales Thema.

Online oder Offline – wir wollen, dass die Beschäftigten den strukturellen Wandel ihrer Branchen und Arbeitsplätze aktiv mitgestalten können. Entscheidende Weichen werden 2022 gestellt. Wirtschaftsminister Robert Habeck hat erste Maßnahmen aufgesetzt.

Die **Stahlindustrie** ist der größte Hebel im industriellen Sektor, um den Klimaschutz voranzubringen. Wir begrüßen, dass die Regierung die Klimaschutzverträge schnell vorantreiben will. Wenn bis Ostern ein verlässlicher Förderrahmen steht, ist das ein klares Signal: endlich konkrete Instrumente statt langatmiger Zieldebatten. Notwendig ist ein Transformationsfonds der Bundesregierung. Aus diesem fordern wir bis 2030 mindestens zehn Milliarden Euro für die Stahlindustrie, um Investitionen und erhöhte operative Kosten zu fördern. Dann ist es an den Stahlunternehmen, zügig ihre Investitionsentscheidungen zu treffen.

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte schnelle Ausbau von Elektrolyse-Kapazitäten für grünen **Wasserstoff** auf zehn Gigawatt ist die Basis für die Transformation der Stahlbranche und Voraussetzung für die Mobilitätsbranchen. Den Worten müssen schnell Taten folgen: Wir brauchen den Ausbau der Infrastruktur, eine einheimische Wasserstoffproduktion sowie eine Importstrategie.

Die Verkehrswende gelingt nur mit einer modernen Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähigen Mobilitätsbranchen. Die **Luftfahrtindustrie** hat durch Personalabbau viele Fachkräfte und Attraktivität verloren. Wir wollen Deutschland dennoch zum Taktgeber der CO2-neutralen Luftfahrt machen und freuen uns, dieses Ziel mit der Bundesregierung zu teilen.

Förderprogramme müssen konsequent mit Beschäftigung in Deutschland verknüpft werden. Wir werden Regierung und Unternehmen vorschlagen, eine Zukunftsstrategie für die Branche zu entwickeln.

Wir erwarten, dass Airbus im Konflikt um die Neuaufstellung der Strukturfertigung in Deutschland bei Airbus und der Premium Aerotec unsere Lösungsangebote nun zeitnah aufgreift und uns nicht in einen Arbeitskampf zwingt. Kommt dieser, ist der geplante Ratenhochlauf für die A320-Familie blockiert.

Die **Bahnindustrie** ist der Schlüsselsektor für die Mobilitätswende. In den Unternehmensstrategien müssten die Weichen eigentlich auf Wachstum gestellt sein. Doch Alstom will nach der Übernahme von Bombardier Transportation über tausend Arbeitsplätze streichen. Eine zukunftsgerichtete Aufstellung bei Alstom ist nötig, doch dabei muss klar sein, dass Fertigungskapazitäten und Standorte erhalten bleiben.

Deutschland soll Drehpunkt modernster Bahn- und Infrastrukturtechnologie werden.

Dafür müssen wir Innovationen auf die Schiene bringen, brauchen faire

Wettbewerbsbedingungen in Europa und Local-Content-Anteile bei öffentlichen

Aufträgen.

Ein großes Problem unserer Branchen sind fehlende Vorleistungsgüter. Im Dezember klagten laut Ifo-Institut 94 Prozent der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen, 93 Prozent der Automobilindustrie und 91 Prozent des Maschinenbaus über massive Beschaffungsprobleme. Was einst als betriebswirtschaftlicher Königsweg gepriesen wurde, erweist sich als betriebswirtschaftlicher Irrweg. Wirtschaft und Politik stehen nun in der Verantwortung, die Lieferketten zu festigen und zum Beispiel die **Mikroelektronik**-Fertigung von Halbleitern in Europa und Deutschland zu etablieren.

Meine Damen und Herren,

wir gehen unsere Aufgaben 2022 auf Grundlage solider Finanzen an. Unsere Mitglieder haben 2021 Beiträge in Höhe von 592 Millionen Euro geleistet. Damit liegen die Beitragseinnahmen etwas höher als im Vorjahr. Ich danke unseren Mitgliedern.

Der Vergleich mit 2019, dem Jahr vor Corona, zeigt die finanzielle Wirkung der Pandemie. 2019 beliefen sich die Beitragseinnahmen auf 598 Millionen Euro. Dennoch unterstreicht die Beitragsentwicklung im letzten Jahr, dass die IG Metall im Kern ihrer Mitgliedschaft stabil ist – und damit jederzeit handlungsfähig.

Bei der Verwendung der Beiträge greife ich vier Positionen heraus. Weitere Infos sind in der Pressemappe.

Der weitaus größte Teil fließt weiterhin in unsere Geschäftsstellen im ganzen Land. Sie sind der Anlaufpunkt unserer Mitglieder und organisieren die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben sowie die Aktionen in den Tarifrunden. 2021 erhielten sie 213 Millionen Euro – 20 Millionen Euro mehr als vor fünf Jahren.

Das unterstreicht unsere Ausrichtung. Wir sind da, wo unsere Mitglieder arbeiten und leben. Dieser Regel folgen auch unsere Gewerkschaftshäuser und Bildungszentren. Derzeit halten wir 124 Immobilien in 93 Städten. Neue Projekte für Gewerkschaftshäuser haben wir in Reutlingen, Darmstadt, Leer, Saarbrücken, Lüneburg, Kiel und Zwickau.

Unsere Bildungszentren bringen die digitale, aber auch die analoge Bildungsarbeit voran. Die IG Metall bleibt einer der größten Bildungsträger in Deutschland. 2021 haben wir, wie im Vorjahr, 35 Millionen Euro in die Bildungsarbeit investiert.

Wir helfen unseren Mitgliedern durch Satzungsleistungen: zum Beispiel Streikgeld, Rechtsschutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, Unterstützung bei Freizeitunfällen oder in besonderen Notlagen wie zum Beispiel unsere Soforthilfe bei der Ahrtalflut. 2021 haben wir 31 Millionen Euro bereitgestellt, sechs Millionen Euro mehr als 2020.

Jedes Jahr legen wir 15 Prozent unserer Beitragseinnahmen zurück – unter anderem für Streiks, politische Aktivitäten und für Satzungsleistungen. 2021 waren dies 89 Millionen Euro – etwa so viel wie 2020. Zum Vergleich: Vor fünf Jahren flossen 82 Millionen Euro in die Rücklagen.

Trotz Pandemie stehen wir finanziell gut da; wir wirtschaften solide. 2022 wird herausfordernd. 2022 entscheidet sich, ob die Transformation in Betrieben und Branchen gelingt. Keine politische Aktion, kein Streik wird am Geld scheitern. Dafür stehe ich als Hauptkassierer.

Ich übergebe an Jörg Hofmann.